

PUTINS KRIEG

Befeuert und finanziert durch fossile Rohstoffe

Foto von Gerry Machen (CC BY-ND 2.0)

Millionen Ukrainer*innen mussten aus ihrem Land fliehen durch den vom russischen Präsidenten Wladimir Putin losgetretenen völkerrechtswidrigen Krieg. Gleichzeitig zwingen die immer schlimmeren Auswirkungen der Klimakatastrophe weltweit Millionen von Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Beide Ereignisse vereint: sie werden durch die Abhängigkeit reicher Länder von fossilen Rohstoffen befeuert.



Kyjiw, 25. Februar 2022. Foto: Oleksandr Ratushnyak, UNDP Ukraine (CC BY-ND 2.0)

Unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern

Nach einem Rückgang im Jahr 2020 infolge der Corona-Pandemie steigt der Verbrauch fossiler Energie weltweit wieder an. In Deutschland entsprach der Anstieg um rund 4,5 % der gesamten Treibhausgasemissionen 2021 sogar dem **größten prozentualen Zuwachs** der Emissionen seit 1990. In Europa insgesamt wurden noch immer über drei Viertel der verbrauchten Energie aus fossilen Rohstoffen gewonnen. Den größten Anteil hat dabei Erdöl mit 34,8 %, gefolgt von Erdgas mit 23,8 % und Kohle mit 13,6 %.

Der Weltklimarat (IPCC) veröffentlichte vor Kurzem seine **bisher schärfste Warnung**, dass „eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle“ auf dem Spiel stehe. Die Auswirkungen der Erdübererhitzung in Form von Dürren, Überschwemmungen oder Bränden sind inzwischen allgegenwärtig und in einigen Fällen unumkehrbar. Millionen Menschen, die die Klimakrise aus ihrer Heimat vertreibt, haben keinen Zugang zu **angemessenem juristischem Schutz**, der es ihnen ermöglichen würde, auf sichere und würdevolle Weise Asyl zu suchen.

Fossile Energieträger sind die **Hauptursache** für CO₂-Emissionen. Trotz der mittlerweile weit verbreiteten Erkenntnis, dass wir unsere Abhängigkeit von ihnen beenden müssen, wurden bisher keine umfassenden, entschlossenen Maßnahmen dagegen getroffen. Nach Einschätzung von Expert*innen besteht immer noch **eine erhebliche Lücke** zwischen den derzeitigen Verpflichtungen der Staaten und dem, was erforderlich ist, um unter dem 1,5°C-Ziel des Pariser Abkommens zu bleiben. Wir können dieses Ziel nur dann noch erreichen, wenn führende Politiker*innen sofort entschlossen handeln.

Regierungen weltweit geben stattdessen Unmengen Geld für Subventionen fossiler Brennstoffe aus: über **1,3 Mrd. US-Dollar pro Tag**. In Deutschland allein werden jährlich **mindestens 65,4 Mrd. Euro an umweltschädlichen Subventionsgeldern** – oder fast 800 Euro pro Bürger*in – durch den Staat ausgegeben. Die Kluft zwischen den erforderlichen Emissionssenkungen und den tatsächlichen Fortschritten wird immer größer, und ohne **signifikanten jährlichen Rückgang bis 2030** wird das Pariser Abkommen nicht einzuhalten sein.

Wie der Verbrauch fossiler Energieträger in der EU das russische Militär mitfinanziert

Die Länder der EU gaben im Jahr 2020 über **60 Mrd. Euro** für Energielieferungen aus Russland aus. Der Wert der europäischen Mineralienimporte, einschließlich Kohlenwasserstoffe, aus Russland ist höher als der Betrag, den der Kreml **für das Militär ausgibt**. Das bedeutet, dass die Bomben, die auf die Ukraine fallen, vollständig durch europäische Brennstoffkäufe finanziert worden sein könnten.

Die EU und Russland sind in gewissem Sinne beide abhängig von diesen fossilen Energieträgern. 2019 waren Erdöl und Erdgas für **39 %** der Haushaltseinnahmen von Putins Regime und **60 %** aller russischen Exporte verantwortlich. Die fossile Rohstoffindustrie Russlands ist besonders stark mit dem europäischen Energieverbrauch verbunden. 2020 stellten die europäischen OECD-Länder **48 %** der Zielmärkte für russische Rohöl- und Kondensatexporte und **72 %** der Zielmärkte für Erdgasexporte dar.

Deutschland importierte bis vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs 55 % seines Erdgases aus Russland. Bis Mitte April 2022 konnte diese Importquote bereits auf rund 35 % gesenkt werden. Obwohl das ein positiver erster Schritt ist, kann die Lösung nicht darin liegen, dass fossile Brennstoffe aus Russland mit denselben „dreckigen“ Energieträgern aus anderen Ländern ersetzt werden – insbesondere wenn diese aus autokratischen Regimen wie Katar kommen.

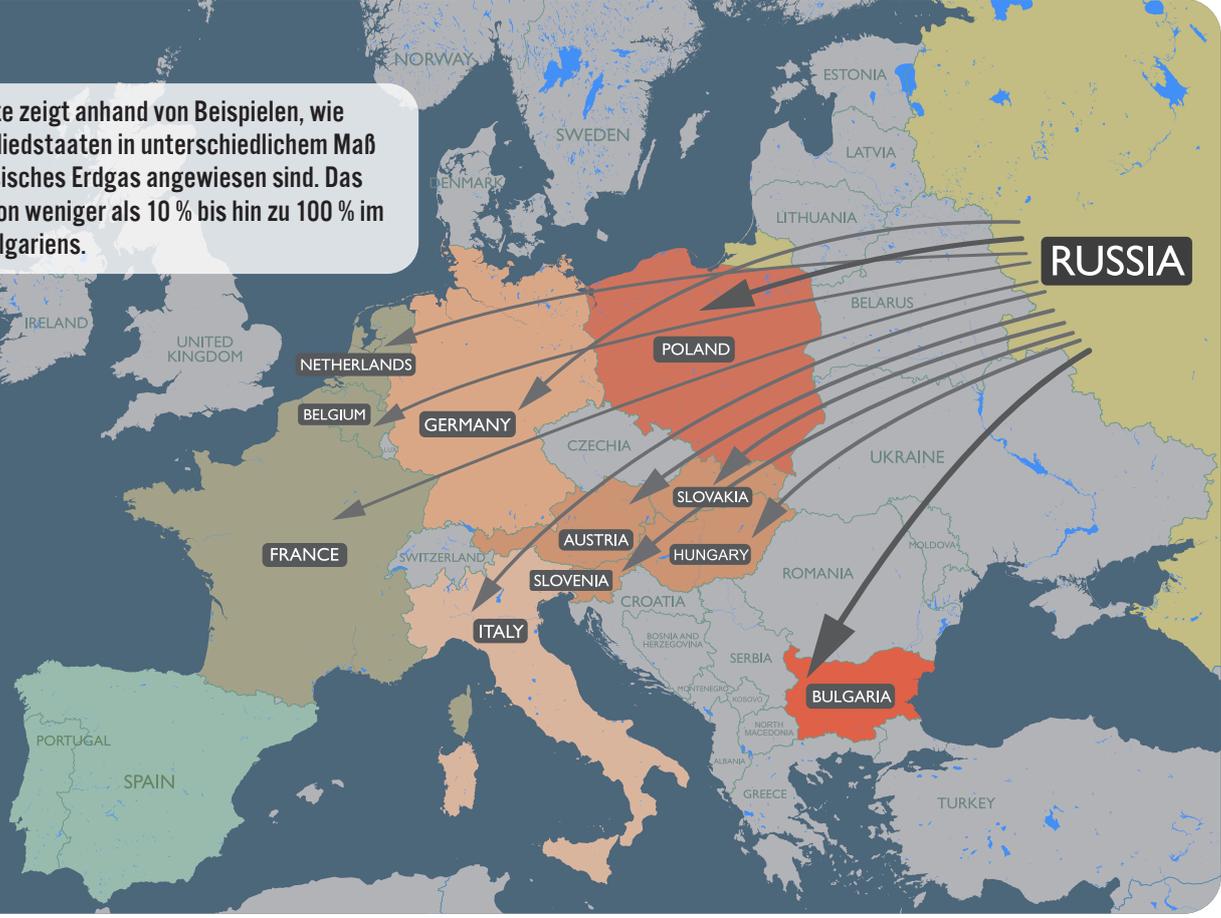
Laut **Eurostat** importierte die EU in den ersten sechs Monaten des Jahres 2021 63,7 Mio. Tonnen Rohöl aus Russland. Wenn man für die täglichen Importe der EU an russischem Rohöl eine Grube ausheben würde, so würde das Brandenburger Tor dort mehr als 22-mal hineinpassen.



Foto: Zbynek Burival / Unsplash

Die Karte zeigt anhand von Beispielen, wie EU-Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Maß auf russisches Erdgas angewiesen sind. Das reicht von weniger als 10 % bis hin zu 100 % im Falle Bulgariens.

-  bis 100%
-  bis 80%
-  bis 60%
-  bis 55%
-  bis 40%
-  bis 10%
-  0%

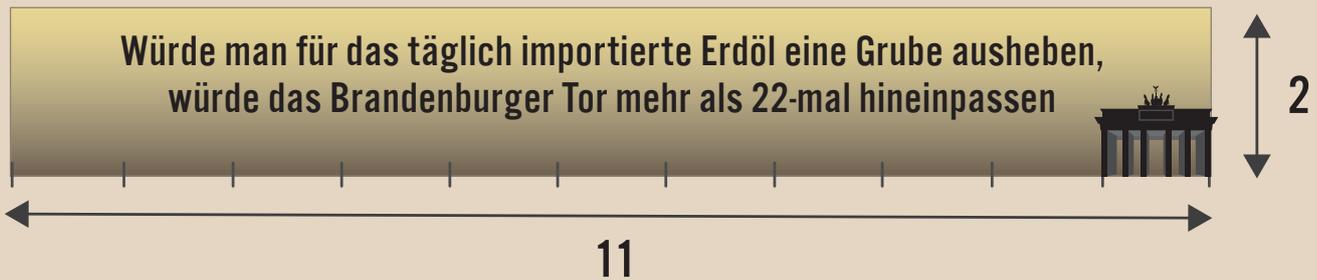


EU-Importe aus Russland

**2,6 Mio. Barrel
Erdöl pro Tag**
bis vor Kriegsausbruch



Brandenburger Tor



Zwei Dinge stehen fest: Das russische Militär und der russische Staat sind von den Ausfuhren in die EU abhängig und die EU ist in hohem — wenn auch je nach Mitgliedstaat unterschiedlichem — Maße auf die Einfuhr fossiler Brennstoffe aus Russland angewiesen.

Trotz der Bemühungen, das Putin-Regime mit weitreichenden Sanktionen zu belegen, sind allein durch die Erdgasimporte eines einzigen Tages – dem 2. März 2022, eine Woche nach Putins Einmarsch in die Ukraine – 689 Mio. Euro in die russische Wirtschaft geflossen.

Rasch auf erneuerbare Energien umzusteigen, ist der wichtigste Schritt, den Deutschland und andere EU-Staaten jetzt ergreifen können. Damit könnte die russische Kriegsmaschinerie gelähmt, die Menschen in der Ukraine geschützt und weitere Gräueltaten wie in Butscha oder Mariupol verhindert werden – und es liefert einen Beitrag, um Menschen weltweit und unsere Erde vor der Klimakrise zu schützen.

Der Verbrauch fossiler Brennstoffe aus Russland durch die EU war nicht ursächlich für die Invasion der Ukraine. Doch die Einnahmen aus dem Energiegeschäft haben Russland den Rücken gestärkt und die Kriegskasse Putins gefüllt. Mittlerweile sind 8 Mio. Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht und **6 Mio. Ukrainer*innen mussten aus ihrem Land flüchten** – mehr als **600.000** davon nach Deutschland.

Wie wir die Umstellung auf unabhängige erneuerbare Energien beschleunigen können

Die aktuelle Krise ist derart gravierend, dass sie den vollen Einsatz der europäischen und weltweiten Volkswirtschaften sowie der fiskal-, arbeitsmarkt- und geldpolitischen Maßnahmen ihrer Regierungen bedarf. Ein rascher, unumkehrbarer Wandel hin zu erneuerbaren Energien kann Leben, Lebensgrundlagen, Heimat und das Kulturerbe der Menschen nicht nur in der Ukraine retten, sondern auf der ganzen Welt.

Bei der Erdöl- und Erdgasversorgung lediglich auf andere Quellen umzusteigen, wäre ein Tropfen auf den heißen Stein und birgt die Gefahr, dass europäische Gelder künftig andere autokratische Regime unterstützen – ein solcher Schritt stellt keine Lösung dar für die dringende, existenzielle Bedrohung durch die Klimakatastrophe.

Groß angelegte Verträge in der EU mit dem staatlichen russischen Energieunternehmen Gazprom, die insgesamt 12 % der Lieferungen des Unternehmens in die EU ausmachen, laufen Ende 2022 aus. Das bietet die Chance, erneuerbare Energien auszubauen und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter zu reduzieren. Ein Irrweg ist es hingegen, jetzt für **mehrere Milliarden in Flüssiggasinfrastruktur** in Deutschland zu investieren, die **laut Studien für die Energiesicherheit nicht notwendig wäre** und durch die unter anderem durch Fracking gewonnenes Gas importiert werden würde.



Proteste gegen den Krieg in der Ukraine – Öl- und Gas-Embargo. Foto von Amaury Laporte (CC BY 2.0)

Die durchschnittliche Leistung eines Windparks ist doppelt so hoch wie noch im Jahr 2016. Solar- und Windenergie sind bereits heute für 67 % der Welt die günstigste Quelle für neue Energie.

Erneuerbare Energien waren 2020 zum ersten Mal die größte Elektrizitätsquelle der EU und deckten 38 % des Bedarfs; fossile Brennstoffe machten dagegen 37 % aus. Umfassende staatliche Investitionen zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz können zu zwei Zielen beitragen: Sie unterstützen die Ukraine und verteidigen die Menschenrechte auf der ganzen Welt, indem sie die ungerechten Auswirkungen der Klimakrise beenden. Zum Teil müssten solche Investitionen dazu eingesetzt werden, die Forschung und Entwicklung von Technologien zur Speicherung erneuerbarer Energien massiv auszubauen. Allein in Deutschland, so schätzen Expert*innen, könnte das Einsparpotenzial von Investitionen in die Energieeffizienz den Energieverbrauch von Gebäuden, Industrie und Verkehr halbiehen und so dazu beitragen, den vollständigen Übergang zu sauberer Energie schneller zu erreichen.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf Subventionen gelegt werden. Staatlich geförderte Windenergie ist selbst beim Neubau günstiger als der Weiterbetrieb bestehender Anlagen für fossile Brennstoffe und birgt damit ganz offenkundig große Chancen für echten Fortschritt. Allerdings haben allein die G20-Staaten zwischen 2017 und 2019 jährlich 584 Mrd. US-Dollar für die Subventionierung fossiler Brennstoffe ausgegeben – weit mehr als für Subventionen von erneuerbaren Energien. Es ist dringend notwendig, dieses System in einer Art und Weise zu reformieren, die die Erzeugung von CO₂-armer und CO₂-freier Energie belohnt.

Diese Krise darf nicht dazu führen, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter anwächst. Ein sofortiger, umfassender Umstieg auf erneuerbare Energien kann Leben retten, zu einer friedlichen Lösung für die Ukraine beitragen und Putin und anderen Autokrat*innen die finanzielle Grundlagen entziehen.



Bahnhof in Kyjiw. 3. März 2022. Foto: Oleksandr Ratushnyak, UNDP Ukraine (CC BY-ND 2.0)



Foto von Appolinary Kalashnikova / Unsplash

Empfehlungen

Deutschlands Regierung hat jetzt die historische Chance, alles in ihrer Macht stehende in Gang zu setzen, um den Übergang von der Abhängigkeit von fossilen Energien hin zu einer sicheren und nachhaltigeren Zukunft zu beschleunigen. Deutschland muss zudem seinen aktuellen G7-Vorsitz nutzen, um von befreundeten Staaten den umfassenden Ausbau erneuerbarer Energien einzufordern. Deutschland muss als Vorreiterin vorangehen durch:

- **Sofortige und umfassende Investitionen in erneuerbare Energien, die erheblich über die bisher eingesetzten Gelder hinausgehen.**
- **Stopp neuer Projekte mit fossilen Brennstoffen, die unsere Abhängigkeit von CO2 verstärken und für Millionen Menschen weltweit schädlich sind.**
- **Nutzung aller staatlicher Steuerungsmaßnahmen zur Verteuerung von CO2 bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass diese Schritte sozial verträglich sind.**
- **Beendigung aller Subventionen für fossile Brennstoffe bis spätestens 31. Dezember 2022 und keine Investitionen in nicht notwendige Flüssiggasinfrastruktur (LNG).**
- **Koordinierung aller Regierungsbehörden für die Wende hin zu erneuerbaren Energien und die Verankerung des Ziels einer CO2-freien Zukunft bei allen staatlichen Instanzen.**
- **Möglichst umgehende Beendigung sämtlicher Käufe fossiler Brennstoffe aus Russland, bis spätestens 31. Dezember 2022.**

Environmental Justice Foundation (EJF)

c/o Spielfeld Digital Hub, Skalitzer Straße 85/86, 10997 Berlin
Osterstraße 58, 20259 Hamburg
+49 (0) 40 228 64 929, hamburg@ejfoundation.org
ejfoundation.org/de

